



Eurobarometer-Umfrage: Europäerinnen und Europäer sehen den Klimawandel als das größte Problem für die Welt an

Brüssel, 5. Juli 2021

Eine heute veröffentlichte neue Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass der **Klimawandel** nach Ansicht der europäischen Bürgerinnen und Bürger **das schwerwiegendste Problem ist, vor dem die Welt steht**. Mehr als neun von zehn Befragten halten den Klimawandel für ein ernstes Problem (93 %), wobei fast acht von zehn (78 %) ihn als sehr ernst erachten. Auf die Frage nach dem größten Problem in der Welt nannte über ein Viertel (29 %) entweder den Klimawandel (18 %), die Zerstörung der Natur (7 %) oder Gesundheitsprobleme aufgrund von Umweltverschmutzung (4 %).

In Bezug auf die Reaktion der Politik sind sich neun von zehn Europäerinnen und Europäern (90 %) darin einig, dass die **Treibhausgasemissionen auf ein Minimum** reduziert und die verbleibenden Emissionen kompensiert werden sollten, um in der EU bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Fast neun von zehn Europäerinnen und Europäern (87 %) halten es für wichtig, dass sich die EU ehrgeizige Ziele setzt, um **verstärkt erneuerbare Energien zu nutzen**, und ebenso viele erachten es als wichtig, dass die EU die **Verbesserung der Energieeffizienz** unterstützt.

Der für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident Frans **Timmermans** erklärte: „Trotz der Pandemie und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Europäerinnen und Europäer konfrontiert sind, ist die Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen nach wie vor hoch. Die Europäerinnen und Europäer wissen um die langfristigen Risiken, die von der Klima- und der Biodiversitätskrise ausgehen, und erwarten, dass die Industrie, die Regierungen und die Europäische Union tätig werden. Die Zahlen aus dieser Eurobarometer-Umfrage sind ein Aufruf an die Politik und die Unternehmen. Für die Europäische Kommission sind sie eine zusätzliche Motivation für die Fertigstellung der „Fit-für-55“-Rechtsvorschriften, die wir später in diesem Monat vorlegen werden, um sicherzustellen, dass wir unsere Klimaziele erreichen.“

Die Mehrheit (64 %) der **EU-Bürgerinnen und -Bürger ergreift bereits individuelle Klimaschutzmaßnahmen** und trifft im Alltag bewusst nachhaltige Entscheidungen. Auf die Frage nach der Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels **betonen die Bürgerinnen und Bürger**, dass zu den individuellen Maßnahmen **Strukturenreformen hinzukommen müssen**, und verwiesen dabei auf die nationalen Regierungen (63 %), die Unternehmen und die Industrie (58 %) sowie die EU (57 %). Mehr als acht von zehn Befragten (81 %) stimmen zu, dass **saubere Energien mehr öffentliche finanzielle Unterstützung erhalten sollten**, selbst wenn dies zu einer Verringerung der Subventionen für fossile Brennstoffe führt. Drei Viertel der Europäerinnen und Europäer (75 %) sind der Ansicht, dass Investitionen in die wirtschaftliche Erholung hauptsächlich auf die neue grüne Wirtschaft ausgerichtet sein sollten.

Es wird ausdrücklich anerkannt, dass **die Bekämpfung des Klimawandels** für die Bürgerinnen und Bürger der EU und für die europäische Wirtschaft **Chancen bietet**. Beinahe acht von zehn Europäerinnen und Europäern (78 %) stimmen darin überein, dass Klimaschutzmaßnahmen zu Innovationen und damit **mehr Wettbewerbsfähigkeit für die europäischen Unternehmen** führen werden. Ebenfalls fast acht von zehn Befragten (78 %) sind der Auffassung, dass die Nutzung von in der EU vorhandenen Fachkenntnissen in Bezug auf saubere Technologien in Ländern außerhalb der EU zur **Schaffung neuer Arbeitsplätze** in der EU beitragen kann. Sieben von zehn Europäerinnen und Europäern (70 %) sind der Ansicht, dass eine Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe der EU wirtschaftlich zugutekommen kann. Mehr als sieben von zehn (74 %) stimmen zu, dass die **Kosten für Schäden aufgrund des Klimawandels viel höher sind als die für einen ökologischen Wandel erforderlichen Investitionen**.

Hintergrund

Im Rahmen der Eurobarometer-Sonderumfrage 513 zum Klimawandel wurden 26 669 Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten befragt. Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 15. März bis 14. April 2021 durchgeführt. Soweit möglich wurden persönliche Befragungen durchgeführt, einige Teilnehmer haben den Fragebogen aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Beschränkungen jedoch online ausgefüllt.

Der europäische Grüne Deal ist die wichtigste politische Priorität der Europäischen Kommission. Auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission haben sich das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, in der EU bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen und die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 55 % zu verringern. Diese Verpflichtungen sind im Europäischen Klimagesetz verankert, das am 30. Juni 2021 förmlich unterzeichnet wurde. Um diese Ziele zu erreichen, wird die Kommission am 14. Juli 2021 ihr „Fit-für-55“-Paket mit Legislativvorschlägen vorlegen. Diese umfassende Reform des klima- und energiepolitischen Instrumentariums der EU wird eine Überarbeitung der bestehenden Rechtsvorschriften und eine Reihe neuer Instrumente umfassen.

Weitere Informationen

[Eurobarometer-Sonderumfrage zum Klimawandel](#)

[Factsheets zu den einzelnen Mitgliedstaaten](#)

[Der europäische Grüne Deal](#)

[Das Europäische Klimagesetz](#)

IP/21/3156

Kontakt für die Medien:

[Tim McPHIE](#) (+ 32 2 295 86 02)

[Lynn RIETDORF](#) (+32 2 297 49 59)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)